

**Tagesordnung für die Sitzung des Hauptausschusses am Montag, dem 06.02.2017, um
17.30 Uhr im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Brückes 1**

Öffentliche Sitzung

1. Antrag der CDU-Fraktion bezüglich Kienbaum Studie / weiteres Vorgehen
2. Anträge aus den Ortsbeiräten
3. Mitteilungen
4. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Personalangelegenheiten
6. Termin und Tagesordnung für die Sitzung des Stadtrates
7. Mitteilungen
8. Anfragen

Dr. Heike Kaster-Meurer, Oberbürgermeisterin

Fraktion: CDU

Anfrage Antrag

öffentlich nichtöffentlich

10	Datum 30.01.2017	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge) 17/017
Gremium		Sitzungstermin
Stadtrat		26.01.2017
Hauptausschuss		06.02.2017

Betreff

TOP

Kienbaumstudie / weiteres Vorgehen

Inhalt

Auf den Inhalt des Anlage beigefügten Antrages vom 20.12.2016 wird verwiesen.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Stadtrates am 26.01.2017 an den Hauptausschuss verwiesen.

Beratung/Beratungsergebnis

Beratung

Beratungsergebnis

Einstimmig	Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Beschlussvorschlag	Abweichen der Beschluss (Rückseite)

Beschlussausfertigungen an:

**CDU**

Stadtratsfraktion Bad Kreuznach

CDU Fraktion – c/o Werner Klopfer – Bosenheimer Straße 218A – 55543 Bad Kreuznach

Stadtvorstand

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kaster-Meurer

Herr Bürgermeister Heinrich

Herr Dezernent Bausch

1. Vorsitzender: Werner Klopfer

Stellvertreter: Dr. Silke Dierks

Fraktionsvorstand:

Tina Franzmann

Mirko Helmut Kohl

Helmut Kreis

Dr. Bettina Mackeprang

20.12.2016

Kienbaum Studie/ weiteres Vorgehen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Herren,

wie Sie sicher bemerkt haben werden, ist die Kostenentwicklung bei Kienbaum von vielen Kollegen im Rat mit Erstaunen zur Kenntnis genommen worden. Auch wir waren uns dessen nicht bewusst, dass wir mit dem Beschluss Ende September einen solch hohen Betrag insgesamt in Auftrag gegeben hatten.

Aus unserer Sicht sind bei diesem Projekt weitere Kostensteigerungen momentan nicht zu rechtfertigen.

Ein großer Teil des Rats wünscht, dass Kienbaum neben dem bisherigen Auftrag einen erweiterten Auftrag bekommt – nämlich zu untersuchen, welche Aufgaben reduziert werden können, wie dadurch und durch weitere organisatorische Maßnahmen die Personalentwicklung so beeinflusst werden kann, dass keine weiteren Personalsteigerungen erfolgen bzw. im Rahmen der Fluktuation auch Stellen nicht mehr besetzt werden müssen. Wir machen folgenden Vorschlag:

1. Kienbaum soll einen Vorschlag machen, wie viele Tage von den im Moment noch offenen Beratertagen für eine solche Aufgabenstellung nötig sind.
2. In der nächsten Hauptausschusssitzung sollte Kienbaum hierfür einen Vorschlag unterbreiten, wobei es wünschenswert ist, dass eine(r) der Damen/ Herren anwesend ist, damit wir zu einem abschließenden Ergebnis kommen können.

In die Beauftragung Kienbaum sollte auch einfließen, dass Kienbaum Vorschläge zur Reduzierung der Krankheitsquoten und zur Verbesserung des Betriebsklimas macht. Gegebenenfalls sollte auch eine Mitarbeiterbefragung in die Aufgabenstellung einbezogen werden.

All dies sollte man Kienbaum übermitteln und dann in der besagten Hauptausschusssitzung besprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Klopfer
CDU-Fraktionsvorsitzender

öffentlich nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Hauptamt	30.01.2017	17/040
Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Hauptausschuss	06.02.2017	

Betreff

Anträge aus den Ortsbeiräten

Beschlussvorschlag
Der Hauptausschuss stimmt den beigefügten Anträgen aus den Ortsbeiräten zu.

Beratung/Beratungsergebnis			
Gremium		Sitzung am	TOP
Hauptausschuss		06.02.2017	
Beratung			

Beratungsergebnis						
	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Be- schluß- vorschlag	Abweichen- der Beschluss (Rückseite)
<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/>				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Beschlussausfertigungen an:

Problembeschreibung/Begründung

Adressaten für die Handlungen des Ortsbeirates können nur die Gemeindeorgane, also die Oberbürgermeisterin oder der Stadtrat, sein.

Durch den Stadtratsbeschluss vom 26.01.2017 wurden die Beschlüsse der Ortsbeiräte in den Hauptausschuss delegiert.

Anlage

Sichtvermerke der Dezernenten:	Sichtvermerk der Oberbürgermeisterin: 	Sichtvermerke: Rechtsamt: Kämmereiamt:
--------------------------------	---	--